

Antrag

der Abgeordneten Viola von Cramon-Taubadel, Dr. Frithjof Schmidt, Hans-Josef Fell, Ute Koczy, Tom Koenigs, Volker Beck (Köln), Marieluise Beck (Bremen), Agnes Brugger, Kai Gehring, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Kerstin Müller (Köln), Omid Nouripour, Dr. Hermann E. Ott, Lisa Paus, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zusammenarbeit mit China intensivieren – China-Kompetenzen in Deutschland ausbauen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Volksrepublik China haben sich in den vergangenen Jahren deutlich vertieft. Keine der großen Herausforderungen unserer Zeit, von der Armutsbekämpfung bis zum Klimawandel, kann heute noch ohne oder gar gegen China bewältigt werden. Eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit China liegt im allseitigen Interesse und ist daher ausdrücklich zu begrüßen. China ist kein monolithischer Block, sondern von vielschichtigen, äußerst komplexen Bedingungen geprägt. Der Umgang mit der Volksrepublik China in Bezug auf wirtschaftlichen Wettbewerb, Ressourcenkonflikte, Umwelt, die zukünftige Rolle in der Weltpolitik, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte stellt bei der Intensivierung der Zusammenarbeit dabei auch eine große Herausforderung dar.

China ist als Schwellenland kein Land für klassische Entwicklungszusammenarbeit. Die Entwicklungszusammenarbeit mit China war bereits an die Erfordernisse der Zusammenarbeit mit einem Schwellenland angepasst und sollte daher fortgeführt und gemeinsam mit den chinesischen Partnern weiterentwickelt werden. Angebote für moderne und maßgeschneiderte Projekte und Programme, Dialoge und Beratung, die unter finanzieller Eigenbeteiligung Chinas stattfinden, sind jedoch in Bereichen wie Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz, erneuerbare Energien, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Sozialstandards und dem Rechtsstaatsdialog von großer Bedeutung. Über diese Kontakte können Einflussmöglichkeiten entstehen, um China international stärker einbinden zu können. Daher war die plötzliche Absage an Entwicklungskooperationen durch den frisch ins Amt gekommenen Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, kontraproduktiv.

Die Energiewende in Deutschland und das Low-Carbon-Development Pilotprogramm der chinesischen Regierung sind international die bedeutendsten und am meisten beachteten Laboratorien für ein grundlegendes Umsteuern hin zu einer Niedrig-Emissions-Gesellschaft. Der Erfolg dieser Versuche ist entscheidend für die internationalen Klimaschutzbemühungen. Deutschland muss seine Vorreiterrolle in der Umwelttechnik nutzen und die Energiewende zu einem zentralen Schwerpunkt der strategischen Zusammenarbeit ausbauen. Es gibt zahlreiche Ebenen, auf denen Kooperationen und Synergien zwischen den Prozessen in China und Deutschland entstehen können.

Bislang wird jedoch weder ein strategischer Gesamtansatz der Bundesregierung noch der Europäischen Union (EU) gegenüber China deutlich. Immer noch verfolgen die Ressorts innerhalb der Bundesregierung gegenüber China ihre jeweils eigenen Ziele. Abstimmungsprozesse konzentrieren sich lediglich auf die Zeiträume vor Staatsbesuchen und Regierungskonsultationen. Wirtschaftsinteressen nehmen eine dominante Stellung in der Politik der Bundesregierung gegenüber China ein. Themen wie Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, Umwelt- und Klimapolitik, Finanzpolitik oder Wissenschafts- und Bildungskooperation nehmen zwar Raum in den Beziehungen ein, es mangelt jedoch an der nötigen Kohärenz und effektiver Instrumente, um diese Themen zu bearbeiten: Zum Teil widersprechen Initiativen einander oder sie bleiben bloßes Beiwerk zum übergeordneten Ziel der Außenwirtschaftsförderung.

Die deutsch-chinesische Klimapartnerschaft stellt einen wesentlichen Meilenstein hinsichtlich einer konstruktiven Zusammenarbeit der Länder dar. Um das Potenzial der wichtigen Akteure aus der Zivilgesellschaft, den Think Tanks und Wirtschafts- und Finanzakteuren auf beiden Seiten möglichst konstruktiv auf die bilaterale Klimapartnerschaft zu beziehen und auch auf der EU-Ebene abzugleichen, muss die deutsch-chinesische Klimapartnerschaft auf eine breitere Ebene gestellt werden.

In Bezug auf Menschenrechte, Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit ist eine kohärente und konsequente Politik generell ein wichtiges Anliegen an die deutsche Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, unabhängig davon, um welches Land es sich handelt. Gegenüber China, das zugleich als Partner und Konkurrent, als Vorreiter und Bremsen, als Industrie- und Entwicklungsland gesehen werden kann, geht es dabei auch darum, strategisch richtig aufgestellt zu sein. Die Beziehung zur Volksrepublik China als zentralem Partner ist weder mit den transatlantischen Beziehungen basierend auf gemeinsamen Werten und sicherheitspolitischen Interessen, noch mit den Beziehungen zur damaligen Sowjetunion vergleichbar. Dennoch wird die Volksrepublik China eine ähnlich bedeutende Rolle für Deutschland und die EU spielen, worauf diese noch nicht ausreichend vorbereitet sind.

In vielen Fällen sind chinesische Entscheider und Verhandlungsführer deutlich besser über Deutschland und Europa informiert sowie fremdsprachlich besser ausgebildet, als ihre europäischen Gegenüber in Bezug auf China. In allen Teilen der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland sollten daher asien- und chinabezogene Kompetenzen gestärkt und gezielt Personal mit Sprach-, Landes- und anderen relevanten Fachkenntnissen eingesetzt werden. Verstärkt sollten Maßnahmen ergriffen werden, um zur weiteren internationalen Einbindung Chinas als verantwortlichen Akteur beizutragen, die Zusammenarbeit in allen Bereichen auszubauen, die Zivilgesellschaft dabei einzubinden und somit zu stärken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen klaren, kohärenten, konsequenten und langfristig orientierten strategischen Gesamtansatz gegenüber China zu entwickeln und diesen in Form eines Strategiepapiers zu veröffentlichen;
2. auf Asien bzw. China bezogene Kompetenzen in Deutschland durch mehr Bildungs- und Kooperationsangebote sowie einen intensiveren Schüler-, Studierenden- und Wissenschaftsaustausch zu fördern. Dieser gezielte Ausbau von wissenschaftlicher Chinakompetenz soll nicht nur in der Sinologie, sondern in allen Fachwissenschaften und Regionalstudien erfolgen. Außerdem soll China als Gegenstand dauerhaft und professionell im Geschichts-, Politik- und Religionsunterricht an deutschen Gymnasien verankert werden. Ebenso ist der Austausch von Lehr- und Fachkräften der Jugendarbeit auszubauen;

3. bei der Besetzung neuer oder neu zu besetzender Stellen in Bundesministerien, im diplomatischen Dienst und anderen außenpolitisch relevanten Institutionen gezielt Personal mit asien- bzw. chinarelevanten Kompetenzen einzustellen und zu fördern;
4. den Journalistenaustausch zwischen beiden Ländern verstärkt zu fördern und den Ausbau gezielter china- oder ostasienbezogener Journalismusprogramme zu unterstützen;
5. in den fünf Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in der Volksrepublik China zusätzliches Personal für die Schlüsselthemen in den Bereichen Umwelt- und Effizienztechnologien, erneuerbare Energien, Speicher und Netze sowie marktbasierete Anreizsysteme wie das Emissionshandelsystem einzusetzen. Die derzeitigen Ressourcen in den Auslandsvertretungen reichen nicht aus um bestehende Projekte in den einzelnen Provinzen im nötigen Maße zu unterstützen und das große Potenzial neuer Kooperationen und Partnerschaften auf verschiedenen Ebenen im Umwelt- und Klimaschutz zwischen Deutschland und China weiter auszubauen;
6. vorhandene Haushaltsmittel verstärkt für einen Ausbau asien- und chinabezogener Forschung bereitzustellen und damit ihre Unabhängigkeit zu stärken;
7. auf die Bundesländer einzuwirken, dass diese in ihrer Wissenschafts- und Bildungspolitik Maßnahmen ergreifen, die zur Umsetzung der für die Bundesebene geforderten Maßnahmen beitragen. Insbesondere sollte mittelfristig das Angebot an Chinesischunterricht erhöht werden;
8. in ihrer Chinapolitik der EU-Ebene eine zentrale Rolle bei der strategischen Kooperationsplanung zuzuweisen und im Europäischen Rat für eine Stärkung des Amtes der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sowie der strategischen Partnerschaften der EU einzutreten;
9. Kritik an Menschenrechtsverletzungen in China konsequent und deutlich vorzubringen;
10. die Kooperation mit China weiter zu entwickeln, indem die Bundesregierung die institutionelle Zusammenarbeit mit China auf neue Grundlagen stellt;
 - a) die Möglichkeit eines Neustart von Entwicklungskooperationen zu initiieren, die von chinesischer Seite nachgefragt werden und in den Bereichen Wasser, Umwelt und Energie ihren Beitrag zur Lösung globaler Probleme leisten können;
 - b) die Kohärenz des deutschen Regierungshandelns in der Chinapolitik zu erhöhen. Um die notwendige Abstimmung zwischen den verschiedenen Ressorts zu vereinfachen, soll im Auswärtigen Amt die Stelle eines Koordinators bzw. einer Koordinatorin für die deutsch-chinesischen Beziehungen eingerichtet werden;
 - c) die zum deutsch-chinesischen Rechtsstaatsdialog gehörenden Kooperations- und Dialogprojekte, deren Finanzierung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung spätestens 2014 ausläuft, unter dem Dach des Bundesministeriums der Justiz weiterzuführen und den Rechtsstaatsdialog inhaltlich weiterzuentwickeln, indem insbesondere zivilgesellschaftliche Akteure stärker eingebunden werden;
 - d) alle Instrumente der Zusammenarbeit mit China auf ihre menschenrechtliche Wirkung hin zu überprüfen und gegebenenfalls zu überarbeiten. Alle Kooperationsvereinbarungen, die wirtschaftliche Fragen betreffen sollten beispielsweise Bezug auf die Guiding Principles des Sonderbeauftragten für Menschenrechte und transnationale Unternehmen der Vereinten Nationen nehmen;

- e) den Dialog zwischen Deutschland und China im Energiesektor und insbesondere im Bereich grüner Technologien zu intensivieren. Sie sollte unter anderem darauf hinwirken, das chinesische Erneuerbare-Energien-Gesetz zu einer nachhaltigeren Nutzung erneuerbarer Energien weiterzuentwickeln; zudem sollen faire Wettbewerbsbedingungen und gegenseitige freie Marktzugänge insbesondere in der Solar- und Windtechnik, aber auch bei allen anderen Umwelttechnologien erarbeitet und politisch umgesetzt werden. Auf eine stärkere Kohärenz zwischen Technologietransfer und Politikberatung im Rahmen der Zusammenarbeit ist zu achten;
- f) weiterhin den Umbau der chinesischen Energieversorgung zu unterstützen, sich dafür einzusetzen, der Fehlentwicklung zu mehr Atomkraft mit zurzeit 51 geplanten Atomreaktoren entgegenzutreten, und die Vergabe von Exportkreditgarantien für Atomexporte zu beenden;
- g) die bilaterale deutsch-chinesische Klimapartnerschaft zu intensivieren und die gezielte Einbindung relevanter Stakeholdergruppen aus der Zivilgesellschaft und wo sinnvoll der Wirtschaft zu gewährleisten;
- h) die vertikale Integration in der Zusammenarbeit mit China auf den verschiedenen politischen Ebenen zu optimieren, um damit ein systematischeres Upscaling und eine effektivere Wirkung auch hinsichtlich der Klimakooperationen auf europäischer und internationaler Ebene zu erreichen;
- i) die klimapolitische Zusammenarbeit mit China sowohl auf bilateraler und EU-Ebene als auch im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen weiter zu intensivieren. Dabei sollten das Know-how und die Instrumente der deutschen Entwicklungszusammenarbeit genutzt und entsprechende Projekte und Programme gegebenenfalls angepasst, weitergeführt und intensiviert werden. Hier könnte die im letzten Jahr begonnene Kooperation zwischen China und den USA zum Ausbau der erneuerbaren Energien ein Anknüpfungspunkt bieten. Deutschland und Europa sollten versuchen an dieser Kooperation zu partizipieren;
- j) die Zusammenarbeit mit China auch im technischen Umweltschutz zu stärken, China bei der Umsetzung der bestehenden Umweltgesetzgebung, der Stärkung der Umweltverwaltung und wichtiger internationaler Umweltabkommen zu unterstützen und sich für eine stärkere Einbindung von China in die Weiterentwicklung dieser, insbesondere im Bereich Chemikaliensicherheit z. B. im Rahmen der Verhandlungen zum globalen Quecksilberabkommen, einzusetzen;
- k) die Finanzierungsmöglichkeiten für kommunale Partnerschaften, die durch die Beendigung der Entwicklungszusammenarbeit mit China eingestellt wurden, auch in Zukunft für die Bereiche erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Klimaschutz sicherzustellen. Die Kommunen und Städte spielen eine Schlüsselrolle sowohl bei der Energiewende in Deutschland als auch bei der Umsetzung der nationalen Klimaschutzstrategie in China. Der Aufbau und die Unterstützung von Klima- und Energiekooperationen zwischen chinesischen und deutschen Kommunen kann eine erfolgreiche Umsetzung der Klimaschutzstrategien in beiden Ländern nachhaltig befördern;
- l) Maßnahmen zu ergreifen, um den Austausch zwischen der europäischen und der chinesischen Zivilgesellschaft zu stärken, diesen durch neue Programme zu fördern und das Programm Integrierte Fachkräfte des Centrums für internationale Migration und Entwicklung (CIM) in China zu erhalten. Um den zivilgesellschaftlichen Charakter des CIM-Programms zu stärken, sollten neben der Bundesregierung und bundeseigenen Institutionen auch Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen an der Koordinierung beteiligt werden;

- m) die Einbindung der Zivilgesellschaft in bilaterale Partnerschaften mit China zu intensivieren. Zivilgesellschaftliche Akteure nehmen in China eine zunehmend bedeutende Rolle in der Umsetzung von z. B. Umwelt- und Klimaschutz ein. Eine Einbindung und ein Austausch im Rahmen der bilateralen Partnerschaft auf der Bundes-, Landes oder kommunalen Ebene ist für die Stärkung der Zivilgesellschaft in China sehr förderlich;
- n) weitere Maßnahmen zu ergreifen, um den gesellschaftlichen und kulturellen Austausch auf allen Ebenen zu intensivieren, um der Entwicklung einer Zivilgesellschaft in China Impulse zu geben und ein besseres Verständnis Chinas in Deutschland zu ermöglichen.

Berlin, den 24. Oktober 2012

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

An vielen Stellen fehlt notwendiges Fachwissen über China und herrscht eine sehr selektive Wahrnehmung der Entwicklungen in China vor. Die Verbreitung des Chinesischen als Fremdsprache ist in den vergangenen Jahren in Deutschland massiv gestiegen, bleibt aber weit hinter der Verbreitung entsprechender Fremdsprachenkenntnisse auf chinesischer Seite zurück. Daher sollte der Aufbau von mehr sprachlicher, interkultureller und fachlicher China-Kompetenz in allen Teilen der Gesellschaft gezielt gefördert werden.

Für den Aufbau nachhaltiger Beziehungen und die Etablierung von deutsch-chinesischen Netzwerken kommt dem Studierendenaustausch und der Kooperation im Hochschul- und Wissenschaftsbereich besondere Bedeutung zu. Schon heute sind chinesische Studierende mit 12,8 Prozent (2009) die größte Gruppe der in Deutschland studierenden Bildungsausländer. Viele deutsche Hochschulen pflegen Kooperationen mit Partnerhochschulen in China. Auch die außeruniversitären deutschen Forschungsgemeinschaften haben ihre Zusammenarbeit mit chinesischen Forschungsorganisationen in den letzten Jahren intensiviert. Die Möglichkeiten auch für junge Deutsche zu einem Studien- oder Forschungsaufenthalt in China sollten in Zukunft stärker ausgebaut werden. Hierdurch würde sich nicht nur ein besseres Verständnis für die chinesische Gesellschaft, Sprache und Kultur eröffnen, sondern auch ein verbesserter Austausch mit den akademischen chinesischen Eliten von morgen und der Zivilgesellschaft.

Noch wichtiger als die Aufwertung der bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und China, beispielsweise durch das Format der deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen, ist es, gerade die multilaterale und europäische Ebene zu stärken. Die Vereinten Nationen sind der angemessene Ort, um die Stärkung der Menschenrechte zu fördern. Hierin sollten sie von der Bundesregierung und anderen Mitgliedstaaten unterstützt werden. Aufgrund der enormen politischen Einflussmöglichkeiten Chinas kann nur eine gemeinsame europäische Politik Werte und Interessen gegenüber China dauerhaft angemessen geltend machen. Nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon gilt es, die Potenziale des Amtes der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) konsequent zu nutzen. Das darf allerdings nicht dazu führen, dass künftig kritische Themen wie Menschenrechtsfragen nur durch Vertreter der EU angesprochen werden und nationale Regierungen darauf verzichten, um leichter ihren wirtschaftlichen In-

teressen folgen zu können. Die strategischen Partnerschaften der EU müssen mit Inhalt gefüllt und gemeinsame Interessen klar formuliert werden.

Neben den zahlreichen staatlichen Kooperations- und Dialogforen gilt es, auch den Austausch zwischen den Zivilgesellschaften in ihrer ganzen Breite zu vertiefen – zwischen Bürgern und Bürgerinnen, Nichtregierungsorganisationen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie der Wirtschaft. Durch eine Förderung des gesellschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Austauschs kann eine Stärkung der Zivilgesellschaft erreicht werden. Bestenfalls könnte darüber auch eine Auseinandersetzung über gesellschaftliche und ethische Werte intensiviert werden. Die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik spielt eine wichtige Rolle, um das Verständnis für Europa auszubauen. Die Präsenz deutscher Mittlerorganisationen und politischer Stiftungen in China und Kampagnen wie etwa „Deutschland und China gemeinsam in Bewegung“ sind wichtige Bausteine. Diese Aktivitäten sollten fortgeführt werden, solange sie zu einer gesellschaftlichen Öffnung beitragen und Strukturen bestehen, mit denen sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure erreicht werden können. Im Rahmen solcher „Deutschlandjahre“ darf der Kulturdialog jedoch nicht zum Beiwerk von Wirtschaftsförderung werden. Statt einer solchen Eventorientierung benötigen wir eine nachhaltige Arbeit, wie die Goethe-Institute in China sie für alle Kunstsparten originär leisten. Die Zivilgesellschaft sollte in die Bearbeitung globaler Fragen mit China eingebunden werden. Der Dialog zwischen den Zivilgesellschaften sollte, beispielsweise im Bezug auf den Klimaschutz oder Arbeits-, Umwelt- und Sozialstandards, konsequent intensiviert und von staatlicher Seite unterstützt werden. Gerade auch der informelle zivilgesellschaftliche Austausch, wie etwa das internationale Engagement von Kulturschaffenden und einer Zivilgesellschaft, die sich heute auch und vor allem über das Internet vernetzt, weist regelmäßig auf gesellschaftliche Missstände hin und sollte als künstlerisch-kreative Produktivkraft genutzt werden. Es ist darauf hinzuwirken, dass der Austausch in Freiheit von staatlicher Repression stattfinden kann und so ein tatsächlicher Dialog für die Teilnehmenden möglich wird.

